

Vertrauensbruch führt zur sofortigen Beendigung der Verhandlungen

Die Arbeitgeber haben in der heutigen Verhandlung zur Verbesserung des Tarifvertrags Nahverkehr ein erstes Angebot der ver.di Verhandlungskommission unterbreitet. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber das erste Angebot an die Presse durchgestochen und teilweise in Betrieben an alle Beschäftigten versendet. Dieses Vorgehen sieht die ver.di Verhandlungskommission als Vertrauensbruch, denn Tarifverhandlungen finden in einem geschützten Raum statt und Verhandlungszwischenstände werden nur einvernehmlich an die Öffentlichkeit gegeben. Dies war in der Vergangenheit auch gelebte Praxis und es ist unerklärlich, warum diese Eskalation an der Stelle praktiziert wird. Mit dieser Vorgehensweise der Arbeitgeber wird aus Sicht der Verhandlungskommission versucht, einen Keil zwischen die Belegschaft und die Tarifkommissionsmitglieder zu treiben.

Selbstverständlich muss die Verhandlungskommission das Arbeitgeberangebot einordnen, auch wenn man dies in den Verhandlungen heute nicht besprechen konnte. Die Bewertung des materiellen Angebots sieht wie folgt aus:

Die Erhöhung der Zeitzuschläge ab dem 01.01.2025 Zeitzuschlag nach der Erfahrungsstufe 2 macht im Fahrdienst bei den Feiertagszuschlag von 35% bei 6 Feiertagen pro Jahr gearbeitet = $6 \times 8 \times 0,126 = 6,05\text{€}$ pro Jahr mehr.

Der Nachtzuschlag in Höhe von 20% macht bei 200h pro Jahr = 14€ pro Jahr netto mehr.

Der Sonntagszuschlag von 25% bei 16h Sonntagsarbeit pro Monat = 17,28€ netto pro Jahr mehr.

Und der Überstundenzuschlag von 30% bei 15h pro Monat = 21,60€ brutto pro Jahr.

Somit hat der Beschäftigte im Fahrdienst ab Stufe 2 netto 38€ mehr pro Jahr und 21,60€ brutto mehr pro Jahr.

Der Samstagzuschlag wird die derzeitige Höhe von 1,06€ durch eine 10% Regelung abgelöst. Im Fahrdienst Stufe 1 ergeben sich daraus bei 2 gearbeiteten Samstagen im Monat ca. 24€ brutto mehr pro Monat.

Die Erhöhungen des Urlaubsgeldes um 70€ bis EG 8 und 50€ ab EG 9 ab 2025 bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Einführung der Nahverkehrszulage ab 2027 soll abhängig davon sein, dass in einer Gesamtbetrachtung die Entgeltsteigerungen die Inflationsrate der Jahre 2024, 2025 und 2026 nicht übersteigt. Somit kommt, wenn die Belegschaft keinen Reallohnverlust hinnehmen will, auch keine Nahverkehrszulage.

Des Weiteren sollen Umkleide-, Wasch- und Reinigungszeiten zukünftig KEINE Arbeitszeit mehr sein.

Die Verspätungsregelung im Fahrdienst von 15 Minuten soll durch eine Pauschale pro geleisteter Schicht in Höhe von 3€ ersetzt werden.

Außerdem soll das Paket eine Laufzeit von 5 Jahren haben.

Das Angebot wurde als unzureichend bewertet.

Die Tarifkommission wird über das weitere Vorgehen beraten und weitere Warnstreiks vorbereiten.